

N i e d e r s c h r i f t

über die 29. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 17.10.2013
- Öffentlicher Teil -

Sitzungsraum: Ratssaal
Beginn: 17:09 Uhr
Ende: 22:39 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Günter Bosbach
Herr Tim Brühland
Herr Heinz-Jürgen Goldmann
Herr Markus Gronauer
Frau Gabriele Hackel
Herr Karl König
Herr Bruno Kosmala
Herr Michael Nagy
Herr Reinhard Ockel
Herr Markus Schneider
Herr Peter Werner

Mitglieder der PETO-Fraktion

Herr Florian Große-Allermann
Herr Torsten Kinzel
Herr Karsten Köchling ab Tagesordnungspunkt 5
Frau Jana Lang
Frau Brinja Noth
Frau Lisa Pientak
Herr Max Riedel
Herr Lucas Risse
Herr Michael Strauss
Herr Jens Timmermann ab Tagesordnungspunkt 5
Herr Sven Timmermann

Mitglieder der SPD-Fraktion

Frau Petra Arend-Karl
Herr Alaattin Bayrak bis einschl. Tagesordnungspunkt 20
Herr Werner Goller
Herr Thomas Heinen
Herr Benjamin Daniel Kenzler
Herr Helmut Nieswand
Frau Ursula Schlößer
Herr Alexander Schumacher

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Poell
Frau Andrea Stamm bis Tagesordnungspunkt 29
Herr Dr. Norbert Stapper

Mitglieder der FDP-Fraktion

Herr Ulrich Anhut
Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz
Frau Dr. Doris Schröder-Weber bis Tagesordnungspunkt 29

parteilos

Frau Lilo Friedrich bis einschließlich Tagesordnungspunkt 28

Rechnungsprüfung

Herr Georg Mittmann

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel
Frau Annette Berg
Herr Martin Frömmer
Herr Peter Heimann
Herr Guido Krämer
Herr Edgar Lenz
Herr Roland Liebermann
Herr Michael Lobe
Herr Dietmar Marx
Frau Sabine Noll
Herr Georg Thomanek
Herr Thomas Waters

Schriftführerin

Frau Beate Hellingrath

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Karl-Heinz Göbel

Mitglieder der PETO-Fraktion

Frau Janne Koch

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Roland Gunia

Rechnungsprüfung

Herr Harald Beier

von der Verwaltung

Frau Gisela Herforth
Herr Uwe Trost

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme von Niederschriften - öffentlicher Teil -
 - 2.1. Kenntnisnahme der Niederschrift der 27. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 15.05.2013 - öffentlicher Teil
 - 2.2. Kenntnisnahme der Niederschrift der 28. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 10.07.2013 - öffentlicher Teil
3. Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen (10.07.2013) VIII/1345
4. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (1. Unterbrechung)
5. Situation und Entwicklung der medizinischen Daseinsvorsorge in Monheim am Rhein VIII/1365
6. Satzung zur Änderung ortsrechtlicher Bestimmungen VIII/1313
7. Neufassung der Richtlinien für wirtschaftliche Leistungen in der Jugendhilfe des Jugendamtes Monheim am Rhein VIII/1309
8. Um- und Ausbaubedarfe an Schulen VIII/1310
9. Umbau und Erweiterung des Offenen Ganztages an der Hermann-Gmeiner-Schule VIII/1305
10. Errichtung eines Anbaus an der Schule am Lerchenweg VIII/1304
Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (2. Unterbrechung)
11. Raumbedarf für ein optimales Bildungs- und Betreuungsangebot an der Winrich-von-Kniprode-Schule VIII/1306
12. Außerunterrichtliche Sportangebote für den Offenen Ganztage VIII/1311
13. Anpassung der Aufwandsentschädigung des Nutzungsvertrags Sportplatz Sandstraße VIII/1354
14. Städtische Übergangwohnheime Standort Niederstraße / Rhenaniastraße VIII/1326
15. Neubau der Musik- und Kunstschule - Entwurfsplanung und Baubeschluss VIII/1322
16. Eingliederung der Bibliothek Monheim am Rhein gGmbH in VIII/1307

den städtischen Haushalt und Liquidation der gGmbH

- | | | |
|-----|--|-------------|
| 17. | Errichtung einer betrieblichen Kindertagesstätte durch die Familiengenossenschaft Monheim eG | VIII/1334 |
| 18. | Bebauungsplan Nr. 6 M 3. Änderung "Musikschule"
- Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen
- Satzungsbeschluss | VIII/1266 |
| 19. | Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 53B "Klappertorstraße"
Satzungsbeschluss | VIII/1323 |
| 20. | Bebauungsplan 63B „Waldbeerenberg“
- Variantenentscheidung | VIII/1360 |
| 21. | Beschluss zum Bau der Bezirkssportanlage Waldbeerenberg | VIII/1358 |
| 22. | Baubeschluss zu den Umgestaltungsmaßnahmen im Landschaftspark Rheinbogen
Teilbereiche:
- Kapellenstraße
- Rheinpark
- Rheinbogen / Auenpark | VIII/1328 |
| 23. | Baubeschluss zur Umgestaltung der Krischerstraße von Ausbauende Kreisverkehr Rathausplatz bis einschl. Knotenpunkt Krischerstraße / Lindenstraße | VIII/1357 |
| 24. | Straßennamenvergabe im Geltungsbereich des Bebauungsplanes 50 B "Grazer Straße" | VIII/1289 |
| 25. | Revitalisierungsprogramm historische Altstadt
Förderrichtlinie Fassadenprogramm | VIII/1320/1 |
| 26. | Überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für die Herausgabe einer Publikation über die „Geschichte der Juden in Monheim“ | VIII/1327 |
| 27. | Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und FDP vom 16.09.2013 - überplanmäßige Mittelbereitstellung im Produkt Rechtsberatung | VIII/1349/1 |
| 28. | Unterjähriger Bericht zum Stichtag 31.08.2013 - Gesamtverwaltung und Querschnittsbereiche | VIII/1350 |
| 29. | Einbringung des Verwaltungsentwurfs der Haushaltssatzung 2014 | VIII/1359 |
| 30. | Stellenplan 2014 | VIII/1332 |
| 31. | Genehmigung einer dringlichen Entscheidung
-Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Produkt 32.07, Allgemeine Sozialhilfe, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz- | VIII/1319 |

- | | | |
|-------|--|-----------|
| 32. | Genehmigung einer dringlichen Entscheidung
Einrichtung eines zweiten Rettungstransportwagens (RTW) im
12-Stundendienst für die Aufrechterhaltung der Notfallrettung
in Monheim am Rhein | VIII/1335 |
| 33. | Bestellung der Kämmerin zur Geschäftsführerin der Monhei-
mer Versorgungs- und Verkehrs- GmbH | VIII/1340 |
| 34. | Nachwahlen, Umbesetzung und Nachbesetzung von Mitglie-
dern in Ratsausschüssen | VIII/1351 |
| 35. | Mündliche Mitteilungen | |
| 35.1. | Zusatztermin für eine Sitzung des Rates im November 2013 | |
| 35.2. | Einführung des anonymisierten Bewerbungsverfahrens | |
| 36. | Mündliche Anfragen | |
| 36.1. | Anfrage von Ratsherrn Bosbach - CDU - "Beschilderung auf
dem Gartenweg - Zulässigkeit von Fahrradverkehr im Ein-
bahnstraßenbereich" | |
| 36.2. | Anfrage von Ratsherrn Kenzler - SPD - "Demenzarbeit im Be-
reich Soziales" | |

SITZUNGSERGEBNIS:

In öffentlicher Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister eröffnet die 29. Sitzung des Rates und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt die anwesenden Besucherinnen und Besucher.

Er teilt mit, dass folgende Ratsmitglieder entschuldigt fehlen:
Frau Janne Koch - PETO-Fraktion, Herr Karl-Heinz Göbel - CDU-Fraktion und
Herr Roland Gunia - SPD-Fraktion.

Folgende Ratsmitglieder haben angezeigt, dass sie die Ratssitzung vorzeitig verlassen werden:

Frau Lilo Friedrich - parteilos, Frau Dr. Schröder-Weber - FDP-Fraktion, Frau
Andrea Stamm - Bündnis90/Die Grünen und Herr Alaattin Bayrak - SPD-Fraktion.

Herr Jens Timmermann und Herr Karsten Köchling, beide PETO-Fraktion, werden verspätet an der Sitzung teilnehmen.

Der Bürgermeister gibt folgende Hinweise zur Tagesordnung:

Zu TOP ö 9 - Vorlage VIII/1305 „Umbau und Erweiterung des Offenen Ganztages an der Hermann-Gmeiner-Schule“

Die noch fehlende Stellungnahme der Schulkonferenz wurde an die Plätze verteilt.

Zu TOP ö 29 – Vorlage VIII/1359 „Einbringung des Verwaltungsentwurfes der Haushaltssatzung 2014“

Der Entwurf des Haushaltsplanes 2014 wurde an die Plätze verteilt.

Zu TOP ö 34 - Vorlage VIII/1351 „Nachwahlen, Umbesetzung und Nachbesetzung von Mitgliedern in Ratsausschüssen“

Der Vorschlag der SPD-Fraktion vom 15.10.2013 zu Um-bzw. Nachbesetzung als Ergänzung zur Vorlage wurde an die Plätze verteilt.

Gegen die vorgelegte Tagesordnung ergeben sich keine Bedenken.

2 Kennnisnahme von Niederschriften - öffentlicher Teil -

2.1 Kennnisnahme der Niederschrift der 27. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 15.05.2013 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

2.2 Kennnisnahme der Niederschrift der 28. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 10.07.2013 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

3 Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen (10.07.2013) Vorlage: VIII/1345

Der Ausführungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

4 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (1. Unterbrechung)

Frau Zunke, Rathausplatz 1, erkundigt sich nach der Parkplatzsituation auf der Krischerstraße im Zusammenhang mit der weiteren Um- und Ausbaumaßnahme.

Unter Hinweis auf eine durchgeführte Ortsbesichtigung, an der auch Frau Zunke teilgenommen habe, teilt der Bürgermeister mit, dass die Einrichtung von zwei weiteren Parkplätzen möglich sei. Die Ausweisung oder Anlegung von durchgehend geschlossenen Parkbändern werde allerdings nicht befürwortet.

Zu der Nachfrage von Frau Zunke, ob und wie beabsichtigt sei, bei dem weiteren Straßenausbau der Krischerstraße einzelne Bauabschnitte zu bilden, erklärt der Bürgermeister, dass die konkrete Bauabschnittsbildung sich aus der Ausführungsplanung ergeben werde. Alle Anliegerinnen und Anlieger würden noch zu einer Informationsveranstaltung eingeladen, in der ausführlich zu den vorliegenden Fragen Stellung genommen werde.

Weitere Wortmeldungen von Einwohnerinnen und Einwohnern liegen nicht vor. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass er die Sitzung für eine 2. Fragezeit um 18.00 Uhr oder nach Abhandlung des dann laufenden Tagesordnungspunktes unterbrechen werde.

5 Situation und Entwicklung der medizinischen Daseinsvorsorge in Monheim am Rhein

Vorlage: VIII/1365

Der Bürgermeister begrüßt Herrn Dr. Rudolf von der Fa. Oberender & Partner, der die durchgeführte Bestandsanalyse anhand einer Power-Point-Präsentation vorstellt.

Nach dem Vortrag erklärt der Bürgermeister, dass die Verwaltung aufgrund der gutachterlichen Analyse die Weiterentwicklung eines Gesundheitscampus befürworte. Er schlägt vor, dass der Rat die Verwaltung mit der Prüfung zur Realisierung eines Gesundheitscampus und der Vorlage eines Plankonzeptes beauftragen solle.

Herr Dr. Rudolf beantwortet anschließend umfassend verschiedene Fragen von Ratsmitgliedern zu Einzelheiten der Bestandsanalyse.

Er erklärt, dass das bestehende Gebäude für die Nutzung eines Gesundheitscampus voraussichtlich nicht geeignet sei und sich wegen des Gebäudealters ein Umbau wahrscheinlich als unwirtschaftlich darstelle. Die Einrichtung einer stationären geriatrischen Abteilung sei wg. der „Bettenübersorgung“ im NRW-Krankenhausbettenplan nicht denkbar. Allerdings sei für diese Fachrichtung eine Kooperation mit umliegenden Kliniken vorstellbar. Die Einrichtung eines Hospizes solle unabhängig von der Einrichtung eines Ärztehauses bzw. Gesundheitscampus betrachtet werden. Gleichwohl solle dieser Aspekt bei der Entwicklung eines Plankonzeptes einbezogen werden.

Bezüglich der Haltung des Grundstückseigentümers zum weiteren Vorgehen führt der Bürgermeister ergänzend aus, dass der Kirchenvorstand die Bereitschaft zum weiteren Abwarten signalisiert habe. Die heute präsentierte Bestandsanalyse sei dem Eigentümer zur Verfügung gestellt worden. Die niedergelassenen Ärzte würden bei der weiteren Planung einbezogen, erklärt der Bürgermeister auf den Einwand eines Ratsmitgliedes, dass das geplante Konzept nicht zu deren Lasten gehen dürfe.

Abschließend formuliert der Bürgermeister den Beschlussvorschlag wie folgt:

- „1. Der Rat nimmt die gutachterliche Analyse und Grobkonzeption der Fa. Oberender & Partner zu den Möglichkeiten eines zentralen ambulanten Versorgungsangebotes in Monheim am Rhein zur Kenntnis.
2. Der Rat spricht sich für die Prüfung der konkreten rechtlichen und tatsächlichen Realisierungschancen und –voraussetzungen zur Errichtung eines „Gesundheitscampus“ in Monheim am Rhein aus und beauftragt die Verwaltung mit der zeitnahen Vorlage einer entsprechenden Plankonzeption.“

Der Bürgermeister bedankt sich bei Herrn Dr. Rudolf für den Vortrag.

Beschluss

1. Der Rat nimmt die gutachterliche Analyse und Grobkonzeption der Fa. Oberender & Partner zu den Möglichkeiten eines zentralen ambulanten Versorgungsangebotes in Monheim am Rhein zur Kenntnis.
2. Der Rat spricht sich für die Prüfung der konkreten rechtlichen und tatsächlichen Realisierungschancen und –voraussetzungen zur Errichtung eines „Gesundheitscampus“ in Monheim am Rhein aus und beauftragt die Verwaltung mit der zeitnahen Vorlage einer entsprechenden Plankonzeption.

einstimmig zugestimmt

6 Satzung zur Änderung ortsrechtlicher Bestimmungen Vorlage: VIII/1313

Ein Sprecher der PETO-Fraktion weist auf eine vorzunehmende redaktionelle Änderung bei Artikel 4 der Satzung zur Änderung ortsrechtlicher Bestimmungen hin. In § 4 Absatz 3 Satz 1 der Satzung für das Jugendamt der Stadt Monheim am Rhein werde der Buchstabe b) aufgehoben; demnach müsste der bisherige Buchstabe c) neuer Buchstabe b) werden.

Gegen diese redaktionelle Änderung ergeben sich keine Bedenken.

Die SPD-Fraktion erklärt, dass sie dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde, da man den in der vergangenen Ratssitzung gefassten Grundsatzbeschluss, den Seniorinnen- und Seniorenbeirat nicht wiederzuwählen, abgelehnt habe.

Beschluss

Die „Satzung zur Änderung ortsrechtlicher Bestimmungen“ wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen. Die geänderte Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

26 Ja-Stimmen: 11 CDU, 11 PETO, 3 FDP, 1 BM

12 Nein-Stimmen: 8 SPD, 3 Bündnis90/Die Grünen, 1 Frau Friedrich

mehrheitlich zugestimmt

7 Neufassung der Richtlinien für wirtschaftliche Leistungen in der Jugendhilfe des Jugendamtes Monheim am Rhein

Vorlage: VIII/1309

Beschluss

Die „Richtlinien für wirtschaftliche Leistungen in der Jugendhilfe des Jugendamtes Monheim am Rhein“ werden mit Wirkung zum 01.01.2014 in der als Anlage vorgelegten Fassung beschlossen. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

**8 Um- und Ausbaubedarfe an Schulen
Vorlage: VIII/1310**

Die Mitteilungsvorlage der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**9 Umbau und Erweiterung des Offenen Ganztages an der Hermann-Gmeiner-Schule
Vorlage: VIII/1305**

Beschluss

1. Der im Flachbau bestehende Offene Ganztage wird durch Umbauten im Bestand sowie eine Erweiterung für den Speiseraum an die gestiegenen Belegungszahlen angepasst.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die dargestellten Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen mit einer voraussichtlichen Bausumme von 630.000 € weiter zu verfolgen und hierfür die Entwurfsplanung zu erstellen sowie diese den zuständigen Ratsgremien zur weiteren Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.
3. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 630.000 € werden im Teilfinanzplan B - über die jeweiligen Haushaltsjahre verteilt - bereit gestellt.

einstimmig zugestimmt

**10 Errichtung eines Anbaus an der Schule am Lerchenweg
Vorlage: VIII/1304**

Beschluss

1. Die vorhandenen Raumressourcen werden um drei Räume mit insgesamt 140 qm Nutzfläche erweitert.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die dargestellte Realisierungsvariante mit einem voraussichtlichen Investitionsvolumen von 656.000 € weiter zu verfolgen und hierfür die Entwurfsplanung zu erstellen sowie diese den zuständigen Ratsgremien zur weiteren Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.
3. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 656.000 € werden im Teilfinanzplan B - über die jeweils betreffenden Haushaltsjahre verteilt - bereit gestellt.

einstimmig zugestimmt

Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (2. Unterbrechung)

Es liegen keine Wortmeldungen von Einwohnerinnen und Einwohnern vor.

**11 Raumbedarf für ein optimales Bildungs- und Betreuungsangebot an der Winrich-von-Kniprode-Schule
Vorlage: VIII/1306**

Beschluss

1. Die vorhandenen Raumressourcen werden um eine Küche mit Speiseraum sowie einen Raum für den Offenen Ganzttag erweitert.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die dargestellte Variante 2 mit einem voraussichtlichen Investitionsvolumen von 2,6 Mio. € weiter zu verfolgen und hierfür die Entwurfsplanung zu erstellen sowie diese den zuständigen Ratsgremien zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen.
3. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 2,6 Mio. € werden im Teilfinanzplan B - über die jeweils betreffenden Haushaltsjahre verteilt - bereit gestellt.

einstimmig zugestimmt

**12 Außerunterrichtliche Sportangebote für den Offenen Ganzttag
Vorlage: VIII/1311**

Beschluss

1. Für außerunterrichtliche Sportangebote im Rahmen des Offenen Ganztages an den Monheimer Grundschulen werden auf Basis der vorgelegten Konzeption jeweils 10.000 € für die Schuljahre 2013/2014 und 2014/2015 zur Verfügung gestellt.
2. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 10.000 € im Jahr 2014 und 6.000 € in 2015 werden unter dem Produkt 40.01 Schulen bereit gestellt.

einstimmig zugestimmt

**13 Anpassung der Aufwandsentschädigung des Nutzungsvertrags Sportplatz Sandstraße
Vorlage: VIII/1354**

Beschluss

1. Ab dem Jahr 2014 findet die Anpassung der Aufwandsentschädigung nach §10 Abs. 3 des Nutzungsvertrages jeweils um die Hälfte die Teuerungsrate des Statistischen Bundesamtes statt.
2. Im Jahr 2013 erhalten die Sportfreunde Baumberg einmalig einen Betrag von 1.410,53 Euro, der der Hälfte der Teuerungsrate des Statistischen

Bundesamtes von 2009 bis 2013 entspricht.

3. Die Verwaltung wird ermächtigt, mit den Sportfreunden Baumberg einen Nachtrag zum Nutzungsvertrag vom 07.08.2001 zu 1. und 2. abzuschließen.

einstimmig zugestimmt

14 **Städtische Übergangwohnheime**
Standort Niederstraße / Rhenaniastraße
Vorlage: VIII/1326

Der Bürgermeister erläutert eingehend die Vorlage und weist auf die zahlreichen Bedenken der Anwohner gegen die Planungen an der Niederstraße/Rhenaniastraße hin. Er betont ausdrücklich, dass eine Unterbringung zusätzlicher Bewohner nicht beabsichtigt sei. Die Aufnahmekapazität an diesem Standort solle nicht erhöht werden. Ziel der geplanten Baumaßnahmen sei die Anhebung des baulichen Zustandes auf ein angemessenes Niveau.

Er berichtet, dass er in Gesprächen mit einigen Anwohnern die Einrichtung eines Runden Tisches, an dem u.a. Verwaltungsmitarbeiter, Kommunalen Ordnungsdienst, Hausmeister und Sozialarbeiter teilnehmen werden, vorgeschlagen habe. Im Bereich des Übergangwohnheimes an der Danziger Straße habe man in der Vergangenheit damit gute Erfahrungen gemacht.

Auf eine Frage der Sprecherin der SPD-Fraktion teilt die Verwaltung mit, dass seit einiger Zeit ein gemeinsames Projekt mit dem SKFM betrieben werde, um Obdachlose wieder in den regulären Wohnungsmarkt zu vermitteln. Die Stadt Monheim am Rhein unterstütze das Programm mit 50.000 € pro Jahr. Der SKFM stelle für das Projekt eine halbe Stelle Sozialarbeit zur Verfügung.

Die FDP-Fraktion schlägt vor zu prüfen, ob über die Anmietung verschiedener Wohnungen im gesamten Stadtgebiet die geballte Unterbringung an wenigen Standorten vermieden werden könne. Außerdem solle geprüft werden, ob an den Standorten Rhenania- und Danziger Straße die Unterbringungszahlen verringert werden können. Durch eine Entzerrung der Belegungszahlen an einigen Standorten, erwarte man eine Senkung des Konfliktpotentials, welches sich oftmals durch die Belegung der Übergangsheime mit Bewohnern unterschiedlicher Nationalität ergebe.

Der Bürgermeister weist auf den Ratsbeschluss vom 28.03.2012 hin, mit dem das Übergangwohnheim am Standort Bregenzer Straße aufgegeben wurde. Dieser Beschluss sei auf der Grundlage der Ergebnisse der „Untersuchung zur Optimierung der städt. Unterkünfte/Übergangwohnheime“, deren Ziel es u.a. gewesen sei, Überkapazitäten zu reduzieren, gefasst worden. Auf weitere Standorte könne nach Aufgabe des Standortes Bregenzer Straße nicht verzichtet werden.

Anschließend erklärt der Sprecher der CDU-Fraktion, dass man einer Verteilung von Plätzen zur Unterbringung von Obdachlosen, Asylbewerbern, Aussiedlern und ausländischen Flüchtlingen auf viele Standorte im Stadtgebiet nicht zustimmen könne. Die bekannten Probleme würden dadurch nur auf viele Standorte verlagert und verteilt.

Heute müsse zwingend der Beschluss zur Sanierung und Instandsetzung gefasst werden, weil der derzeitige bauliche Zustand nicht länger akzeptabel sei.

Nachdem der Bürgermeister den Unterschied zwischen konfliktfrei belegbaren Plätzen bzw. Plätzen bei Vollbelegung erläutert, nimmt die CDU-Fraktion ihren Vorschlag zurück, erst dann über einen Neubau zu entscheiden, wenn die Kapazität der Plätze für die konfliktfreie Belegung erschöpft sei.

Auch die Sprecherin der PETO-Fraktion bringt zum Ausdruck, dass ein Aufschub der Sanierungsmaßnahmen nicht mehr hinnehmbar sei. Durch die geplanten Um- und Neubaumaßnahmen werde eine menschenwürdige Unterbringung der Bewohner erreicht. Auch erhoffe man sich durch bauliche Verbesserung der Unterbringungsplätze eine bessere Integration der Bewohner. Die Einrichtung eines Runden Tisches begrüße sie ebenso wie ihre Vorredner.

Zum Abschluss der Debatte bekräftigt der Bürgermeister nochmals die Einladung an alle Anwohner zu einem Runden Tisch, um sich eingehend über die geplanten Vorhaben zu informieren, Bedenken vorzutragen und Lösungen zu finden.

Beschluss

1. Zur nachhaltigen Sicherstellung des Angebots für städtische Übergangswohnheime werden die Objekte Niederstraße 40+42 saniert.
2. Als Ersatz für die Objekte Rhenaniastraße 3+5 wird auf dem Grundstück der Niederstraße ein Neubau errichtet. Die Objekte Rhenaniastraße 3+5 werden anschließend zurück gebaut.
3. Die Verwaltung wird zunächst die Entwurfsplanung für den 1. Bauabschnitt (Neubau) erstellen und diese den Ratsgremien zur weiteren Beratung und Beschlussfassung vorlegen.
4. Die Haushaltsmittel in Höhe von insg. 3,7 Mio. € für das Gesamtprojekt werden fortlaufend in den Haushaltsjahren 2014 bis 2018 bereit gestellt.
5. Für die Erstellung der Entwurfsplanung des 1. Bauabschnitts werden Haushaltsmittel in Höhe von 125.000 € in die Haushaltsplanberatungen für 2014 eingebracht.

einstimmig zugestimmt

15

Neubau der Musik- und Kunstschule - Entwurfsplanung und Baubeschluss Vorlage: VIII/1322

Beschluss

1. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage der Entwurfsplanung des Büros HHS die Leistungen für den Neubau der Musik- und Kunstschule auszuschreiben, zu vergeben und die bauliche Realisierung durchzuführen.
2. Im Finanzplan B werden für die Baumaßnahme unter I71.02.049 über die im Haushalt enthaltenen Mittel 600.000 € für 2013 überplanmäßig bereit gestellt, so dass für die Gesamtmaßnahme 4.100.000 € bereit stehen. Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer (90.00.000 / 16010100 / 4013000).

einstimmig zugestimmt

- 16** **Eingliederung der Bibliothek Monheim am Rhein gGmbH in den städtischen Haushalt und Liquidation der gGmbH**
Vorlage: VIII/1307

Beschluss

- 1.) Die Bibliothek Monheim am Rhein gGmbH wird zum Stichtag 01.01.2014 in den städtischen Haushalt eingegliedert.
- 2.) Der Rat bevollmächtigt die städtische Vertreterin in der Gesellschafterversammlung, Frau Sonja Baumhauer, den Auflösungsbeschluss gemäß §18 des Gesellschaftsvertrages der Bibliothek Monheim am Rhein gGmbH zu fassen.
- 3.) Der Rat beauftragt die städtische Vertreterin in der Gesellschafterversammlung damit, den Leiter des Zentralen Service, Herrn Martin Frömmmer, zum Liquidator zu bestellen.

einstimmig zugestimmt

- 17** **Errichtung einer betrieblichen Kindertagesstätte durch die Familiengenossenschaft Monheim eG**
Vorlage: VIII/1334

Beschluss

Der Rat ermächtigt die Verwaltung zum Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit der Familiengenossenschaft e.G. auf der Grundlage des als Anlage beigefügten Entwurfes.

einstimmig zugestimmt

- 18** **Bebauungsplan Nr. 6 M 3. Änderung "Musikschule"**
- Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen
- Satzungsbeschluss
Vorlage: VIII/1266

Beschluss

- Die Anregungen aus der Öffentlichen Auslegung der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlage Nr. 9 zur Drucksache beschlossen.
- Der Bebauungsplan Nr. 6 M 3. Änderung „Musikschule“ wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigefügt.

einstimmig zugestimmt

- 19** **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 53B "Klappertorstraße"**
Satzungsbeschluss
Vorlage: VIII/1323

Beschluss

1. Die Anregungen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlagen zur Drucksache beschlossen.
2. Der Vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 53B „ Klappertorstraße“ wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigefügt.
3. Dem Durchführungsvertrag entsprechend der Anlage wird zugestimmt.

einstimmig zugestimmt

Vor Eintritt in die Beratung zu Tagesordnungspunkt 20 meldet Ratsherr Gronauer - CDU - Ausschlussgründe an und nimmt im Zuschauerraum Platz.

20 **Bebauungsplan 63B „Waldbeerenberg“ - Variantenentscheidung Vorlage: VIII/1360**

Nachdem der Bürgermeister Herrn Waters das Wort erteilt hat, stellt dieser die eingereichten Vorschläge der drei Investorengruppen DORNIEDEN Generalbau GmbH/Dr. Potthoff (kurz: D & P), PAESCHKE GmbH und GWH – Kassel/Düsseldorf im Einzelnen vor, nachdem er zunächst noch eingehend den Werdegang des bisherigen Bauleitplanverfahrens in Erinnerung gebracht hat. Als Leitbild der mit den Investoren geführten Verhandlungen sei die Variante C (Ratsbeschluss vom 19.12.2012) zugrunde gelegt worden.

Nach dem Vortrag von Herrn Waters äußern sich die Sprecher der Fraktionen zu den vorgestellten städtebaulichen Konzepten.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen erklärt, dass das Konzept von D & P abgelehnt werde. Man erkenne große Stärken im städtebaulichen Konzept von GWH. Das von Paeschke vorgestellte Konzept in Verbindung mit dem Genossenschaftsmodell werde insbesondere im Hinblick auf das „Mehr-Generation-Wohnprojekt“ positiv bewertet, deshalb werde man der Verwaltungsvorlage zustimmen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion hebt ebenfalls die unterschiedlichen Vorzüge der vorgestellten Varianten hervor. Nach Auffassung seiner Fraktion könne noch kein Investor von den weiteren Verhandlungen ausgeschlossen werden. Das Konzept von D & P berücksichtige ohne große Flächenverdichtung den angefragten sozialen Wohnungsbau.

Die CDU-Fraktion werde der Verwaltungsvorlage nicht zustimmen, sondern beantrage die Weiterverhandlung mit allen Investoren.

Für die FDP-Fraktion erklärt der Sprecher, dass man eine Kombination der städtebaulichen Konzepte von D & P und Paeschke präferieren würde. Man wolle eine zu starke Flächenverdichtung vermeiden. Positiv werde auch das Genossenschaftsmodell bewertet. Das Konzept von GWH sei nach Auffassung seiner

Fraktion nicht geeignet.

Auch der Sprecher der PETO-Fraktion erklärt, dass das von Paeschke vorgestellte Projekt insbesondere im Hinblick auf das Genossenschaftsmodell als beachtenswert beurteilt werde.

Seine Fraktion bevorzuge eine Vielfalt an Wohnungsmodellen, die sowohl in den Konzepten von GWH als auch von Paeschke enthalten seien. Auch seine Fraktion sehe die Notwendigkeit für Nachverhandlungen mit den Investoren.

Der Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass man der Verwaltungsvorlage zustimmen werde. Die Konzepte von Paeschke und GWH seien städtebaulich positiv zu bewerten. Die zu hohe Bebauungsdichte bei GWH solle nachverhandelt werden. Mit D & P brauchten nach Auffassung seiner Fraktion keine weiteren Verhandlungen geführt werden, das das Konzept den Ansprüchen der Variante C - Ausweisung von seniorengerechten und barrierefreien Wohnformen - nicht genüge.

Bezüglich eines einheitlichen Energiekonzeptes für das Bebauungsplangebiet teilt die Verwaltung mit, dass gemeinsam mit der MEGA ein Konzept erarbeitet wurde. Verschiedene Möglichkeiten, wie z.B. Blockheizkraftwerk oder Geothermie, seien vorstellbar. Das endgültige Energiekonzept werde erst nach Auswahl des Investors mit diesem verhandelt und zur Beratung vorgestellt.

Nachdem im weiteren Verlauf der Beratung erkennbar ist, dass es nicht zu einer einstimmigen Beschlussfassung kommen wird, erklärt die Sprecherin der PETO-Fraktion, dass ihre Fraktion sich dem Antrag der CDU-Fraktion auf weitere Verhandlungen mit allen Investoren anschließen werde.

Der Bürgermeister stellt zunächst den weitergehenden Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion zur Abstimmung.

Der Beschlussvorschlag lautet wie folgt:

Die Verwaltung wird beauftragt, in weiteren Verhandlungen mit allen drei Interessenten das vorgelegte städtebauliche Konzept zu optimieren und den Kaufpreis zu verhandeln.

Abstimmungsergebnis:

26 Ja-Stimmen: 11 PETO, 10 CDU, 3 FDP, 1 Frau Friedrich, 1 BM

11 Nein-Stimmen: 8 SPD, 3 Bündnis90/Die Grünen

1 Befangenheit

mehrheitlich zugestimmt

Die Beschlussfassung über die Verwaltungsvorlage entfällt.

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, in weiteren Verhandlungen mit allen drei Interessenten das vorgelegte städtebauliche Konzept zu optimieren und den Kaufpreis zu verhandeln.

mehrheitlich zugestimmt

23

Baubeschluss zur Umgestaltung der Krischerstraße von Ausbauende Kreisverkehr Rathausplatz bis einschl. Knotenpunkt Krischerstraße / Lindenstraße

Vorlage: VIII/1357

Aufgrund des Hinweises eines Sprechers der SPD-Fraktion sagt der Bürgermeister zu, bei der kommenden Baumaßnahme zur weiteren Umgestaltung der Krischerstraße die Belange der Radfahrer stärker zu berücksichtigen.

Der Sprecher der SPD-Fraktion ergänzt seinen Hinweis dahingehend, dass die Verwaltung sich zunächst bei der Erstellung des Handlungskonzeptes zur Förderung des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs auf die Straßen Rathausplatz und Krischerstraße konzentrieren sollte.

Beschluss

1. Der Rat zieht die Entscheidung gem. § 9 Abs. 4 der Hauptsatzung an sich.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis der vorgelegten Entwurfsplanung der ARGE Umbau Krischerstraße c/o Werkgruppe für Architektur und Urbanismus die bauliche Umgestaltung der Krischerstraße von Ausbauende Kreisverkehr Rathausplatz bis Knotenpunkt Krischerstraße / Lindenstraße / Kirchstraße einschließlich der Erneuerung des vorhandenen zentralen Abwassersammler vorzunehmen.
3. Gemäß § 85 Abs. 1 Satz 2 GO NRW werden Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 206.000,- € überplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt über die nicht realisierte Verpflichtungsermächtigung für den Kanal Hauptstraße. Dies stellt keine Kostenerhöhung dar, sondern dient durch die frühe Bereitstellung der Mittel zur Beschleunigung der Maßnahme.

einstimmig zugestimmt

24

Straßennamenvergabe im Geltungsbereich des Bebauungsplanes 50 B "Grazer Straße"

Vorlage: VIII/1289

Beschluss

Die Straße im Wohngebiet erhält die Bezeichnung „Feldkircher Weg“. Die Straße im Gewerbegebiet erhält die Bezeichnung „Elsa-Neumann-Straße“. Die Verwaltung wird beauftragt, unter dem Straßennamenschild der „Elsa-Neumann-Straße“ ein Hinweisschild mit Angaben zum Lebenslauf von Frau Neumann anzubringen.

einstimmig zugestimmt

Vor Eintritt in die Beratung zu Tagesordnungspunkt 20 meldet Ratsherr Poell – Bündnis90/Die Grünen - Ausschließungsgründe an und nimmt im Zuschauerraum Platz.

**25 Revitalisierungsprogramm historische Altstadt
Förderrichtlinie Fassadenprogramm
Vorlage: VIII/1320/1**

Beschluss

Die Förderrichtlinie zum Fassadenprogramm wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

34 Ja-Stimmen: 11 PETO, 11 CDU, 7 SPD, 3 Bündnis90/Die Grünen, 1
Frau

 Friedrich, 1 BM
3 Enthaltungen: FDP

einstimmig bei Enthaltungen zugestimmt

Nach Beendigung der Beratung nimmt Herr Poell wieder seinen Platz ein.

**26 Überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für die Herausgabe einer Publi-
kation über die „Geschichte der Juden in Monheim“
Vorlage: VIII/1327**

Beschluss

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein stimmt gemäß § 83 Abs. 2 Satz 1 in Verbindung mit § 7 Abs. 1 der Haushaltssatzung der Leistung überplanmäßiger Auszahlungen im Produkt 00.02 - Vorstandsangelegenheiten - in Höhe von 25.000,00 EUR für die Herausgabe einer Publikation über die „Geschichte der Juden in Monheim“ zu. Zur Deckung werden Mittel aus zusätzlichen Erträgen bei der Gewerbesteuer herangezogen.

einstimmig zugestimmt

**27 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und FDP vom 16.09.2013 -
überplanmäßige Mittelbereitstellung im Produkt Rechtsberatung
Vorlage: VIII/1349/1**

Der Sprecher der CDU-Fraktion bedankt sich für die einstimmige Beschlussfassung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU und FDP in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. In diesem Zusammenhang erhebt er im Hinblick auf die Beratungen im Kreistag zum Thema „Solidaritätsumlage“ Vorwürfe an Herrn Dr. Stapper - Bündnis90/Die Grünen - wegen seines negativen Abstimmungsverhaltens.

Aufgrund dieses Vorwurfes entwickelt sich eine heftig und kontrovers geführte Diskussion zwischen den Beteiligten, in der Herr Dr. Stapper seine Auffassung deutlich macht, worin der Unterschied zwischen der Kreistagsvorlage und der im Stadtrat bestehe und er deshalb abweichend votieren würde.

Beschluss

1. Die Verwaltung wird beauftragt alle erforderlichen Schritte, auch rechtlicher Natur – unter Einbezug finanzwirtschaftlicher und rechtlicher Gutachten – einzuleiten, um die vom Land NRW geplante Abundanzumlage abzuwehren.
2. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein stimmt der Leistung überplanmäßiger Aufwendungen im Produkt Rechtsberatung in Höhe von 30.000 € zu. Zur Deckung werden Mehrerträge bei der Gewerbesteuer im Produkt Allgemeine Finanzwirtschaft herangezogen.

einstimmig zugestimmt

**28 Unterjähriger Bericht zum Stichtag 31.08.2013 - Gesamtverwaltung und Querschnittsbereiche
Vorlage: VIII/1350**

Der unterjährige Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Der Bürgermeister unterbricht die Sitzung für eine 15minütige Pause.

**29 Einbringung des Verwaltungsentwurfs der Haushaltssatzung 2014
Vorlage: VIII/1359**

Der Bürgermeister weist auf den an die Ratsmitglieder verteilten Entwurf der Haushaltssatzung 2014 einschließlich der Anlagen hin. Wie in den vergangenen Jahren werden er und erstmals die Kämmerin diesen Tagesordnungspunkt nutzen, um genauer auf die finanzielle Lage der Stadt, insbesondere unter Berücksichtigung der Auswirkungen der geplanten Erhebung einer Solidaritätsumlage durch das Land NRW, einzugehen.

Die Reden des Bürgermeisters und der Kämmerin zur Einbringung des Haushalts 2014 sind dieser Niederschrift als Anlagen beigelegt.

Nach dem Vortrag der Kämmerin erteilt der Bürgermeister den Bereichsleitungen das Wort, die anhand von Power-Point-Präsentationen die Budgets ihrer Bereiche vorstellen.

Die Präsentationen sind dieser Niederschrift ebenfalls als Anlage beigelegt.

Im Anschluss daran bedankt sich der Bürgermeister bei den Bereichsleitungen und spricht den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei seinen Dank für ihre gute Arbeit aus, ohne die der Haushaltsplanentwurf nicht so frühzeitig hätte vorgelegt werden können. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung stünden den Fraktionen auch in diesem Jahr bei ihren Haushaltsberatungen gerne zur Verfügung. Anschließend stellt er den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss

Der Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung 2014 wird mit seinen Anlagen zur weiteren Beratung an die Ausschüsse verwiesen.

einstimmig zugestimmt

- 30 Stellenplan 2014
Vorlage: VIII/1332**

Beschluss

Der Entwurf des Stellenplans 2014 wird zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

einstimmig zugestimmt

- 31 Genehmigung einer dringlichen Entscheidung
-Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Produkt 32.07, Allgemeine Sozialhilfe, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz-
Vorlage: VIII/1319**

Beschluss

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung NRW die Dringliche Entscheidung des Bürgermeisters Daniel Zimmermann und des Ratsmitglieds, Günther Bosbach, vom 12. August 2013 in Bezug auf die überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Produkt 32.07, Allgemeine Sozialhilfe, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

einstimmig zugestimmt

- 32 Genehmigung einer dringlichen Entscheidung
Einrichtung eines zweiten Rettungstransportwagens (RTW) im 12-Stundendienst für die Aufrechterhaltung der Notfallrettung in Monheim am Rhein
Vorlage: VIII/1335**

Beschluss

Die dringliche Entscheidung des Bürgermeisters und des Ratsmitglieds Bosbach vom 26.07.2013 zur Einrichtung eines zweiten Rettungstransportwagens (RTW) im 12-Stundendienst für die Aufrechterhaltung der Notfallrettung in Monheim am Rhein wird gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 GO NRW genehmigt.

einstimmig zugestimmt

- 33 Bestellung der Kämmerin zur Geschäftsführerin der Monheimer Versorgungs- und Verkehrs- GmbH
Vorlage: VIII/1340**

Beschluss

Die neue Kämmerin der Stadt Monheim am Rhein, Frau Sabine Noll, wird vorbehaltlich einer Entscheidung durch die Gesellschafterversammlung der Monheimer Versorgungs- und Verkehrs GmbH (MVV) zur Geschäftsführerin der MVV bestellt.

einstimmig zugestimmt

34 Nachwahlen, Umbesetzung und Nachbesetzung von Mitgliedern in Ratsausschüssen Vorlage: VIII/1351

Der Bürgermeister verweist auf den vor der Sitzung an die Plätze verteilten schriftlichen Vorschlag der SPD-Fraktion.

Ergänzend zu der vorliegenden Vorlage schlägt die SPD-Fraktion nachfolgende Umbesetzungen in Ratsausschüssen vor:

Bildung, Kultur und Sport:

Stellvertretendes Mitglied: Frau Tanja Hassert (SB) für Frau Jenny Pepper (SB)

Öffentliche und Soziale Angelegenheiten:

Ordentliches Mitglied: Frau Tanja Hassert (SB) für Frau Jenny Pepper (SB)

Stellvertretendes Mitglied: Frau Jenny Pepper (SB) für Frau Kerstin Kroschewski-Budig (SB)

Gegen die Erweiterungen des Beschlussvorschlages um die vorgenannten Ergänzungen ergeben sich keine Bedenken.

Beschluss

1. Die Nach- und Umbesetzungen im Haupt- und Finanzausschuss sowie den Ratsausschüssen für Bildung, Kultur und Sport und Öffentliche und Soziale Angelegenheiten werden wie in der als Anlage beigefügten Form beschlossen. Die ergänzte Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.
2. Der Rat nimmt die Nachbestellung von Frau Nicole Sardemann als beratendes Mitglied und von Herrn Reibetanz-Farle als stellvertretendes beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis.

einstimmig zugestimmt

35 Mündliche Mitteilungen

35.1 Zusatztermin für eine Sitzung des Rates im November 2013

Der Bürgermeister teilt mit, dass am 27. November 2013 eine zusätzliche Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein stattfinden soll. U. a. soll über die Beteiligung der Monheimer Elektrizitäts- und Gasversorgung GmbH (MEGA) an zu gründenden Gesellschaften zum partnerschaftlichem Ausbau von Erneuerbaren

Energien beraten werden.

35.2 Einführung des anonymisierten Bewerbungsverfahrens

Die Verwaltung nimmt Bezug auf den Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 27.06.2013 wonach die Verwaltung mit der Einführung des anonymisierten Bewerbungsverfahrens bei der Stadt Monheim am Rhein ab Januar 2014 beauftragt worden sei. Über den Sachstand sollte in der heutigen Sitzung des Rates berichtet werden.

Mit den kreisangehörigen Städten Ratingen, Velbert und Haan, die ebenfalls die Einführung anonymisierter Bewerbungsverfahren anstreben, seien mit dem Ziel einer besseren interkommunalen Zusammenarbeit Gespräche hinsichtlich der Software-Beschaffung geführt worden. Um den Aufwand gering zu halten und das Verfahren für die Personalsachbearbeiter zu vereinfachen, werde auf jeden Fall ein elektronisches Verfahren zur Anwendung kommen. In der Dezembersitzung des Rates werde eine entsprechende Verwaltungsvorlage vorgelegt werden.

36 Mündliche Anfragen

36.1 Anfrage von Ratsherrn Bosbach - CDU - "Beschilderung auf dem Gartzenweg - Zulässigkeit von Fahrradverkehr im Einbahnstraßenbereich"

Herr Bosbach weist darauf hin, dass das Straßenschild, das vor der Straßenbaumaßnahme Kreisel Rathausplatz/Alte Schulstraße/Krischerstraße/Gartzenweg das Befahren des Einbahnstraßenteils des Gartzenweges erlaubte, nicht wieder angebracht worden sei. Er fragt an, ob nach Beendigung der Baumaßnahme beabsichtigt sei, die ursprüngliche Regelung, die Einbahnstraße mit dem Fahrrad in beide Richtungen befahren zu dürfen, wieder einzuführen und das Schild wieder anzubringen.

Die Verwaltung erklärt, dass die „alte“ Regelung für Fahrradfahrer wieder gelten solle und dass das Erlaubnisschild kurzfristig wieder angebracht werde.

36.2 Anfrage von Ratsherrn Kenzler - SPD - "Demenzarbeit im Bereich Soziales"

Herr Kenzler bezieht sich auf Informationen, wonach wegen langfristiger Erkrankung der Mitarbeiterin die Demenzarbeit derzeit nicht stattfindet. Er fragt an, wann die Verwaltung wieder mit der Aufgabenerledigung rechne und ob evtl. zusätzliches Personal für die Demenzarbeit erforderlich sei.

Die Verwaltung teilt mit, dass die betroffene Mitarbeiterin sich derzeit in der Wiedereingliederungsphase befinde. Für die Zukunft werde ein verstärkter Bedarf für die Demenzberatung gesehen. Im Rahmen der Stellenplanberatung könne über die Verschiebung von Stellenanteilen für die Demenzarbeit gesprochen werden.

Der Bürgermeister schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bedankt sich bei den Zuhörern.

Daniel Zimmermann
Bürgermeister

Beate Hellingrath
Schriftführerin

Anlagen:

Haushaltsrede des Bürgermeisters
Haushaltsrede des Kämmerin
Präsentationen der Bereiche